

Juristischer Studienkurs

# Öffentliches Baurecht

von  
Martin Ibler

1. Auflage

Öffentliches Baurecht – Ibler

schnell und portofrei erhältlich bei [beck-shop.de](http://beck-shop.de) DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

Baurecht des Bundes



Verlag C.H. Beck München 2006

Verlag C.H. Beck im Internet:

[www.beck.de](http://www.beck.de)

ISBN 978 3 406 54300 5

## Inhaltsübersicht

Literaturverzeichnis . . . . .	IX
<b>1. Segelflugplatz-Fall</b> – Baugenehmigungserfordernis als präventives Verbot mit Erlaubnisvorbehalt – Baugenehmigung als Kontrollerlaubnis – subjektives öffentliches Recht (Anspruch) auf Baugenehmigung – Anspruchsgrundlage für Baugenehmigung – „Entgegenstehen“ öffentlicher Belange i. S. des § 35 Abs. 1 BauGB – „nachvollziehende Abwägung“; baurechtliches Rücksichtnahmegebot – Einfluß des Luftverkehrsgesetzes auf das baurechtliche Rücksichtnahmegebot . . . . .	1
<b>2. Klostersaufzug-Fall</b> – Befugnisse der Widerspruchsbehörde im Baugenehmigungsverfahren – Rechtsschutz einer Gemeinde, die selbst Baugenehmigungsbehörde ist – Ermächtigungsgrundlage für einen Widerspruchsbescheid – Vorhaben im unbeplanten Innenbereich – Erfordernis eines Einvernehmens der Gemeinde (§ 36 Abs. 1 BauGB) bei Identität von Gemeinde und Baugenehmigungsbehörde? – Planungshoheit der Gemeinde (Art. 28 Abs. 2 GG) . . . . .	13
<b>3. Konsulat-Fall</b> – Anfechtungsklage gegen einen Bauvorbescheid – Regelungsgehalt eines Bauvorbescheids, Unterschiede zur Baugenehmigung – Klagebefugnis des Nachbarn im Baurecht aus Vorschriften der LBO, des BauGB und eines Bebauungsplans – Klagebefugnis unmittelbar aus Art. 14 Abs. 1 Satz 1 GG? – Pflicht zur Angrenzerbenachrichtigung vor Erteilung eines Bauvorbescheids – Unbeachtlichkeit oder Heilung eines Verstoßes gegen die Benachrichtigungspflicht – Vereinbarkeit einer materiellen Präklusion von Einwendungen im Baugenehmigungsverfahren mit Art. 19 Abs. 4 GG – Einvernehmenserfordernis des § 36 Abs. 1 BauGB – Kontrollbeschränkung von Behörde und Gericht beim Bauvorbescheid – Zulässigkeit eines Vorhabens im Geltungsbereich eines Bebauungsplans (§ 30 Abs. 1 BauGB) – Vorliegen der Befreiungsvoraussetzungen (§ 31 Abs. 2 BauGB) – „Atypik“ als Befreiungsvoraussetzung? – Ergänzung von Ermessenserwägungen im Verwaltungsprozeß . . . . .	27
<b>4. Schutzhütte-Fall</b> – Baupolizeiliche Generalklausel als Ermächtigungsgrundlage für eine Duldungsverfügung – Unterscheidung von formeller und materieller Baurechtswidrigkeit – bauplanungsrechtliche Zulässigkeit von „privilegierten“ und „sonstigen“ Außenbereichsvorhaben – Privilegierung von Bauvorhaben, die einem ortsgebundenen gewerblichen Betrieb dienen – Beeinträchtigung der natürlichen Eigenart der Landschaft i. S. des § 35 Abs. 3 Satz 1 Nr. 5 BauGB – „teilprivilegierte“ bzw. „begünstigte“ Vorhaben – Duldung eines rechtswidrigen Baus – Verstoß gegen öffentlich-rechtlichen Vertrag keine Grundlage für baupolizeiliches Einschreiten – baupolizeiliche Verantwortlichkeit – Amtsermittlungspflicht der Baurechtsbehörde . . . . .	55
<b>5. Planungspflicht-Fall</b> – Rechtsschutz einer Gemeinde gegen kommunalaufsichtliche Anordnung, einen Bebauungsplan zu erlassen – subjektives öffentliches Recht einer Gemeinde auf Bauleitplanung – Umfang des Schutzes kommunaler Planungshoheit durch Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG – Planungspflichten einer Gemeinde aus § 1 Abs. 3 Satz 1 und aus § 1 Abs. 4 BauGB – Verhältnismäßigkeit einer gesetzlichen Planungspflicht – Ziele der Raumordnung – Anspruch einer Gemeinde auf kommunalaufsichtliches Einschreiten gegen eine planungsunwillige Nachbargemeinde? – Normerlaßklage einer Gemeinde zur Erzwingung eines Bebauungsplans der Nachbargemeinde? . . . . .	77
<b>6. Steinbruch-Fall</b> – Privilegiertes Vorhaben im Außenbereich – interkommunales Abstimmungsgebot (§ 2 Abs. 2 BauGB) – unzulässige Umgehung der Abstimmungspflicht – Gebot der kompetenziellen Rücksichtnahme – Einvernehmen der Gemeinde (§ 36 Abs. 1 BauGB) – schädliche Umwelteinwirkung i. S. der §§ 35 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 BauGB, 3 Abs. 1 BImSchG – Konzentrationswirkung der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung (§ 13 BImSchG) – Präklusion privatrechtlicher Abwehransprüche (§ 14 BImSchG) – kommunale Selbstverwaltungsgarantie (Art. 28 Abs. 2 GG) – normkonkretisierende Verwaltungsvorschriften . . . . .	101

7. <b>Veränderungssperre-Fall</b> – Normenkontrolle einer Veränderungssperre – Antragsbefugnis für Normenkontrollantrag – Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis für Normenkontrollantrag neben Verpflichtungsklage auf Baugenehmigung – Veränderungssperre (Rechtsnatur, Zweck, Inhalt, Wirkung, Geltungsdauer) – gleichzeitiger Erlaß von Aufstellungsbeschluß und Veränderungssperre? – Aufstellungsbeschluß für einen Bebauungsplan (Rechtsnatur, Zweck, Inhalt, Wirkung) – Rechtmäßigkeit eines Aufstellungsbeschlusses – Rechtmäßigkeit einer Veränderungssperre – unzulässige Negativplanung – unzulässige Vorratsplanung . . . . .	116
8. <b>Vertragsplanung-Fall</b> – Zulässigkeit einer Normenkontrolle nach § 47 VwGO, insbes. Antragsbefugnis gem. § 47 Abs. 2 Satz 1 VwGO – Anspruch auf Unterlassung nicht erforderlicher Planungen? – Abwägungsgebot des § 1 Abs. 7 BauGB – Anspruch auf fehlerfreie Abwägung? – verfahrensrechtliche Konkretisierung des Abwägungsgebots durch § 2 Abs. 3 BauGB – Nachbarschutz aus § 12 Abs. 1 Satz 1 BauGB? – Vorhabenbezogener Bebauungsplan – Erforderlichkeit eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans i. S. des § 1 Abs. 3 Satz 1 BauGB – Abwägungsausfall als Verfahrensfehler – Unbeachtlichkeit dieses Verfahrensfehlers nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BauGB – Grundsatz der Problembewältigung – Grundsatz der planerischen Zurückhaltung – Abwägungsvorgang und Abwägungsergebnis – Abwägungsausfall als Abwägungsfehler – Unbeachtlichkeit eines Verstoßes gegen § 1 Abs. 7 BauGB wegen § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB – Bestimmtheitsanforderungen an vorhabenbezogenen Bebauungsplan – Folgen eines rechtswidrigen Bebauungsplans (§ 47 Abs. 5 Satz 2 VwGO) . . . . .	130
Stichwortverzeichnis . . . . .	149